

**Wahlprogramm**  
**zur Landtagswahl 1994**  
der Freien Demokratischen Partei  
Landesverband Thüringen

**„F.D.P. Thüringen.“**

(Beschlossen auf dem Landesparteitag  
in Würzbach am 18./19. März 1994)

# Wahlprogramm

der Thüringer F.D.P. zur  
Landtags- und Bundestagswahl 1994.



Die Stimme für Thüringen.

D1-3536

# **Wahlprogramm**

---

**der Thüringer F.D.P.  
zur Landtags- und Bundestagswahl**

---

**1994**

# 1. Präambel

Die Freiheit der Persönlichkeit steht im Mittelpunkt liberaler Politik.

Liberales wollen Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung des Einzelnen.

Für Liberale sind Verantwortung nicht nur für die eigene Lebensgestaltung, sondern auch für die des anderen und für die Natur Lebenselemente einer freien und menschlichen Gesellschaft.

Liberales setzen auf die Fähigkeit und Bereitschaft persönliche Leistungen zum eigenen und zum Wohl aller zu vollbringen.

Liberales wenden sich an alle Bürger, die bereit sind nicht nur Rechte zu beanspruchen, sondern die auch Pflichten und Verantwortung übernehmen wollen.

Die Thüringer F.D.P. steht für mehr Klarheit, mehr Ehrlichkeit und mehr Glaubwürdigkeit in der Politik. Dabei muß man dem mündigen Bürger auch unbequeme Wahrheiten sagen.

Die Thüringer F.D.P. will politische Angebote machen, sie will Orientierung vermitteln und sich damit an den politischen Auseinandersetzungen beteiligen.

Liberales Politik ist gefordert und gefragt, um heutige und künftige Generationen für Demokratie, Freiheit, Toleranz, Vernunft und Menschenwürde zu gewinnen. Wenn Politik wieder Interesse wecken und zur aktiven Mitarbeit auffordern will, muß sie sich öffnen.

Die F.D.P. in Thüringen wird Wege finden, die es verhindern, daß Gruppen der Gesellschaft beginnen, sich als „Verlierer der Deutschen Einheit“ selbst auszugrenzen.

Besonders jüngere Menschen im Schul- und Ausbildungsalter, arbeitslos gewordene ältere Menschen, Rentner und Ruheständler haben Schwierigkeiten, sich im geeinten Deutschland zu orientieren. Finanzielle Belastungen und Sorgen der Betroffenen müssen ernstgenommen werden. Solidarität und soziales Miteinander innerhalb der Gesellschaft werden zunehmend gefordert sein. Dabei muß die Politik Antworten auf die dringenden Probleme der Menschen geben.

Die F.D.P. trägt wie keine andere Partei Verantwortung für den „Freiheitsgedanken“. Freiheit bewährt sich in der Übernahme von Verantwortung für das Gemeinwesen, den Staat, die freiheitlich-demokratische Grundordnung, aber insbesondere für sozial Schwache, Behinderte, Flüchtlinge und Ausländer.

Verantwortungsbewußter Umgang mit Freiheit und ein lebensnaher Begriff von Demokratie müssen dazu führen, daß die Menschen in Deutschland bereit sind, zu teilen und im Interesse des Gesamtwohls auch zu verzichten. In diesem Sinne wollen wir liberal denken und sozial handeln.

*Die Politik der Thüringer F.D.P. wird sich vor allem an den folgenden Grundsätzen orientieren:*

- Die Vollendung der Deutschen Einheit ist keine kurze Episode zwischen zwei Wahlperioden, sondern eine Jahrhundertaufgabe.  
Freiheit und Wohlstand stellen sich nicht zwangsläufig mit der Einführung von Demokratie und Marktwirtschaft ein - dazu bedarf es einer großen gesamtnationalen Anstrengung.  
Wir brauchen das gemeinsame Erlebnis eines Neuanfangs, denn West wie Ost erleben das Ende einer vertrauten Ordnung.
- Der Ruf nach neuen Orientierungen und Wertesystemen ist allgegenwärtig. Deshalb muß die F.D.P. als Träger des Freiheits- und Fortschrittsgedankens mit einer zukunftsweisenden Programmatik für die Erneuerung der deutschen Politik eintreten. Im Spannungsfeld zwischen Konservatismus und sozialistischen Strömungen muß die F.D.P. als eigenständige Kraft der Mitte dem Bürger die Vorzüge und Möglichkeiten unserer liberalen Ordnung vermitteln.
- Der Prozeß des Zusammenwachsens in Deutschland muß ein Prozeß der beidseitigen Anpassung der Menschen sein. Um Identitätskrisen in den neuen Ländern zu vermeiden, muß unverwechselbar Eigenes bewahrt und eingebracht werden. Lernen wir beide voneinander!  
Deshalb muß liberale Politik im geeinten Deutschland Positionen der Erfahrungswelt der Bürger der ehemaligen DDR gleichermaßen mit der Erfahrungswelt der Bürger der alten Bundesländer berücksichtigen. Das Selbstbewußtsein und die Selbstachtung der Menschen in den neuen Ländern muß gestärkt werden. Nur aus gefestigter Selbstachtung und einem gefestigtem Selbstbewußtsein heraus kann man anderen Menschen und anderen Völkern offen entgegentreten.
- Liberale Politik wird sensibel, aber rechtsstaatlich konsequent mit der jüngsten Geschichte umgehen. Jeder Mensch im Osten und im Westen des geeinten Deutschland hat seine eigene Geschichte. Werden Menschen dazu gebracht, ihre Vergangenheit zu verdrängen oder werden sie gar ausgegrenzt, dann entwurzeln sie. Dies führt unweigerlich zu einer Polarisierung politischer Kräfte. Die Entwurzelten von heute sind die Radikalen von morgen. Die Neubestimmung von Grundsätzen und Strukturen unserer demokratischen Rechts- und Staatsordnung muß von den Bürgern in den neuen Ländern verinnerlicht werden. Dazu braucht man Zeit und Geduld im Osten und im Westen Deutschlands.
- Die Probleme der wirtschaftlichen Stagnation und gesellschaftliche Krisenerscheinungen sind keine alleinige Folge der Deutschen Einheit. Der Tendenz,

die Ursachen von Erscheinungen, wie Rezession, Asylthematik oder rechtsradikale Entwicklungen, die auch ungelöste Fragen der alten Bundesrepublik sind, in einseitiger Schuldzuweisung der Deutschen Einheit anzulasten, wird liberale Politik entgegenwirken.

- Liberale Politik ist in der Lage, ohne tagesorientierten Populismus sachbezogene, nach eingehender Prüfung zu treffende Entscheidungen umzusetzen. Sie hat den Mut, Konsequenzen offenzulegen, auch wenn diese schmerzhaft sind. Dazu bedarf es auch des Mutes von Politikern, die den Wählern unbequeme Wahrheiten sagen können. Der Verlust an Glaubwürdigkeit der Politik und die zunehmende Politikverdrossenheit sind zu verhindern, wenn man nicht leichtfertig Lösungen verspricht, sondern wenn man Probleme darstellt und ihre Lösung angeht.  
Wird die Bevölkerung politikverdrossen und demokratiemüde, ist die parlamentarische Demokratie in unmittelbarer Gefahr.
- Dringend geboten ist ein besseres Verhältnis von Politik und der Darstellung von Politik in der Öffentlichkeit. Kompetente Politiker machen immer wieder die Erfahrung, daß sie einseitig interpretiert oder gar verunglimpft werden, wenn sie neue Wege ins Auge fassen. Andere machen die frustrierende Erfahrung einer nicht mehr kalkulierbaren Verantwortung.  
Die Bereitschaft vieler Menschen, ein politisches Amt zu übernehmen nimmt deshalb ab. Wenn Demokratie und Freiheit zu etwas Selbstverständlichem geworden sind, bestehen die größten Gefahren für deren weiteren Bestand. Deshalb tritt die Thüringer F.D.P. dafür ein, daß möglichst viele Menschen in möglichst vielen Politikbereichen Verantwortung übernehmen. Sie wird diese ermutigen, auch unbequeme Gedanken zu denken und neue Wege zu beschreiten.
- Die F.D.P. in Thüringen steht als eine Partei der Zukunftssicherung für die Konsolidierung des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Sie steht aber auch für solche Werte, wie: die Entwicklung intakter zwischenmenschlicher Beziehungen, Bewahrung der Familie, Zukunft der Kinder und eine gegenseitige Akzeptanz im sozialen Miteinander.
- Deutschland und Europa stehen am Beginn einer neuen Epoche. Länder- und Kontinente übergreifende Problemfelder und Konflikte werden sichtbar. Vieles kann nicht mehr mit „bewährten Mitteln“ gelöst werden. Ökologische Entwicklungen und überdimensionale Wanderbewegungen fordern neues Denken und neues Handeln.  
Der europäischen Gemeinschaft kommt dabei eine stetig wachsende Rolle zu. Sie muß sich für weltweite Aufgabenstellungen öffnen.

Deshalb unterstützt die Thüringer F.D.P. auch weiterhin mit allen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten die Einigung Europas.

- Die Thüringer F.D.P. bekennt sich zu ihrer politischen Verantwortung und steht für politische Berechenbarkeit, Toleranz und Weltoffenheit. Wir sehen die weltweiten Herausforderungen, wir klagen nicht darüber, wir wollen im Sinne von Freiheit und Demokratie Einfluß nehmen, wo wir es können. Zu dem seit der Einigung begonnenen Weg gibt es keine vernünftige Alternative. Die Gestaltung dieses Weges liegt in unseren Händen. Als Liberale haben wir gute Chancen, das Potential der jungen Bundesländer gewichtig in den Einigungsprozeß einzubringen. Die Thüringer F.D.P. wird diese Chance entschlossen nutzen, nur so können wir eine Partei der Zukunftssicherung sein.

## **2. Zukunftssicherung Thüringen**

### **Mehr als nur eine Vision**

Wenn wir die Zukunft sichern wollen, müssen wir die Herausforderung von Heute annehmen: wir müssen uns bewußt machen, daß wir einen fundamentalen geschichtlichen Wandel erleben, der mit der industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts vergleichbar ist. Unser Denken und Handeln müssen diesem Wandel gerecht werden.

Dazu gehört, daß wir Schluß machen mit Beschränkungen und Unwahrheiten. Wir müssen begreifen, daß Deutsche keinen Sonderplatz in der Welt einnehmen, daß jährliche Einkommenssteigerungen kein Naturgesetz sind und Sozialleistungen nicht von allein kommen.

Freiheit und Sicherheit können nicht vom Staat frei Haus geliefert, Verantwortung kann nicht verstaatlicht werden.

Die Politik hat den Menschen jahrzehntelang immer mehr Risiken abgenommen und jedes Problem für lösbar erklärt.

Die Bürger haben ihrerseits der Politik die Lösung immer neuer Probleme aufgebürdet. Dadurch kam es zu dem Trugbild der Allzuständigkeit des Staates. Es entsteht das Dilemma, daß die öffentliche Hand die ihr aufgebürdeten Lasten mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln nur noch unzureichend bewältigen kann; zugleich fühlen sich die Bürger von ihrer eigenen Verantwortung in vielen Bereichen entbunden.

Die Politik muß die Rahmenbedingungen für eine aktive Bürgergesellschaft schaffen, in welcher der einzelne sein Leben selbst in die Hand nimmt und Verantwortung trägt. Leistung und Verantwortung des Einzelnen muß sich lohnen.

Jeder Bürger muß die Möglichkeit haben, sich Eigentum zu schaffen.

Wir müssen zurück vom Verteilen zum Erwirtschaften, vom Anspruchsdenken zum Leistungsbewußtsein.

Wir dürfen nicht länger auf Kosten der kommenden Generationen leben.

Zukunftsvorsorge verstehen wir nur noch als Vorsorge für uns selbst, allenfalls für unsere Kinder. Dabei übersehen wir, daß diese Vorsorge ihnen keinen Schutz vor einer zerstörten Natur, zusammenbrechenden Solidarsystemen, wachsender Kriminalität, einer angeschlagenen Wirtschaft und einem überschuldeten Staat bietet.

In dieser Situation erwarten viele Bürger politische Führung.

Während die übrigen Parteien den Weg aus der Desorientierung in einer stärkeren Staatsorientierung suchen, setzt die F.D.P. auf die Freiheit als politisches Prinzip.

Unsere Fähigkeit zur Erneuerung - das entscheidet in der heutigen Umbruchphase über unsere Zukunft.

Wer in der gegenwärtigen Lage die Kräfte mit Klagen, Schwarzmalerei oder gar mit Grabenkämpfen und parteipolitischem Zwist verschleißt, verspielt die Chance eines Neubeginns, der binnen weniger Jahre Thüringen zu einem Land der Hochtechnologie in führender wirtschaftlicher Position machen wird.

Denn die Zielsetzungen sind alles andere als billige Zukunftsmusik, vielmehr eine auf das einleuchtendste zu begründende Vision. Sie gewinnt Umriß, sobald man die momentanen Probleme, so drückend sie sind, unter der Perspektive der Möglichkeiten in diesem Land analysiert.

In Thüringen besteht ein immenser Handlungs- und Entwicklungsbedarf, zugleich gibt es im Land mit einem großen Investitionspotential die besten Voraussetzungen für eine sprunghafte technologische und wirtschaftliche Entwicklung und die werden wir nutzen.

Eine Vision für Thüringen besteht nicht darin, möglichst schnell die Strukturen aus den Altbundesländern nachzuahmen, sondern sie muß heute schon auf Produkte, Techniken und Märkte zielen, deren Bedeutung in der Zukunft liegt.

Thüringen steht am Neubeginn und muß zwangsläufig mit allen Kräften an der Zukunft arbeiten. Ein Zurück in die Vergangenheit wird es mit der F.D.P. nicht geben. Wir werden die Chance, die sich uns bietet, nutzen.

Wir wollen ein leistungsfähiges und lebenswertes Land Thüringen.



## 2.1. Liberale Wirtschaftspolitik

An erster Stelle steht für die Thüringer F.D.P. die Schaffung zukunftsträchtiger, wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze und die konsequente Fortführung der erfolgreichen Mittelstands- und Verkehrspolitik sowie den weiteren Aufbau einer funktionierenden Infrastruktur im ganzen Land.

Der Standort Deutschland und mit ihm das Land Thüringen können nur gedeihen, wenn sich weiterhin private Initiativen und unternehmerisches Handeln frei entfalten können. Grundlinie der Thüringer Wirtschaftspolitik muß es daher sein, die neue Wirtschaftsstruktur aufzubauen, welche sich von den Grundzügen der Marktwirtschaft leiten läßt und die vor allem wettbewerbsfähig ist. Das ist die Voraussetzung für eine schnelle Angleichung der Lebensverhältnisse der neuen Länder an die alten.

Dieser Anpassungsprozeß ist schmerzhaft, aber er ist nur eine Zwischentappe auf dem Weg zu der neuen Wirtschaftsstruktur. Diese neue Struktur wird anders aussehen als die alte und teilweise auch anders, als die in den alten Bundesländern. Sie muß auf den Standortvorteilen beruhen, die Thüringen besitzt oder die es sich schaffen kann.

Neben geographischen und strukturellen Vorteilen sind dies vor allem die Eigenschaften der Thüringer wie:

- Heimatverbundenheit,
- Ideenreichtum,
- Durchsetzungsvermögen,
- Offenheit,
- Fleiß.

Thüringen besitzt eine einzigartige zentrale Lage in der Mitte Deutschlands und Europas und liegt im Mittelpunkt bedeutender Verkehrsachsen.

Wir haben ein relativ gutes Verkehrsnetz mit der größten Ost-West-Achse.

In unserer Bevölkerung gibt es viele hochqualifizierte, leistungsbereite Menschen und gut ausgebildete Facharbeiter.

Wir leben in einer einzigartigen Landschaft mit touristischen Glanzpunkten.

Alle diese Vorzüge kann man vor allem durch Privatinitiative nutzen.

Die Aufgabe des Staates kann und muß es dabei sein, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es den Bürgern erlauben, ihre Optionen wirtschaftlicher Betätigung so gut wie nur möglich wahrzunehmen. Er muß für die notwendige Infrastruktur sorgen, für gute Verkehrsbedingungen, für Ansiedlungsmöglichkeiten, für ein insgesamt günstiges Investitionsklima.

Der Staat kann und darf grundsätzlich nicht Unternehmer sein, das widerspricht dem Wesen der Marktwirtschaft. Der Markt reguliert sich nach Angebot und Nachfrage. Der Staat kann nicht bestimmen, was gekauft wird; staatliche Eingriffe führen grundsätzlich zu Fehlentwicklungen.

*Für die Thüringer F.D.P. kann die Leitlinie nur lauten :*

- Wir wollen unsere Wirtschafts- und Strukturpolitik so dezentral und föderal wie irgend möglich und nur so zentral wie unbedingt nötig
- Wir müssen davon abgehen, Modelle und Konzeptionen aus den alten Ländern weiterhin einfach unkritisch zu übernehmen. Die Übertragung des Regelwerkes der alten Bundesländer auf die neuen hat bei der Vereinigung vielerorts zu Problemen geführt.
- Wir brauchen in Deutschland generell einen neuen Anspruch, neue Gedanken, Ideen und Innovationen. Wir müssen in einen Ideenwettbewerb eintreten. Das aber ist eine Aufgabe, die der Staat sich am wenigsten leisten kann. Hier ist jeder einzelne gefragt. Persönlichkeiten und Eigenschaften, ohne die eine Marktwirtschaft nicht auskommt und die wir dringend weiterentwickeln müssen: Selbständigkeit, Risikobereitschaft und - vor allem Eigenverantwortlichkeit.

*Die Thüringer F.D.P. setzt sich daher ein für:*

- Die konsequente Vereinfachung von Gesetzes- und Verwaltungsvorschriften zur Beseitigung bürokratischer Hemmnisse in allen Bereichen
- Investitionserleichterung durch Entbürokratisierung, schlanke Verwaltungen und Behörden
- Den Aufbau einer leistungsfähigen Infrastruktur mit den Schwerpunkten Wohnungsbau, Verkehr, Wasser/Abwasser, Telekommunikation, Schulen, Krankenhäuser, Abfallentsorgung, Energie, Kultur, soziale Einrichtungen
- Sicherung des Infrastrukturauftrages des Postdienstes und der Telekommunikation in Bezug auf flächendeckende Dienstleistungen sowie Schaffung einer leistungsfähigen Informationsinfrastruktur in Thüringen
- Die Stärkung der Eigenkapitaldecke vor allem des Mittelstandes
- Die Risikokapitalbereitstellung für innovative Existenzgründer und für technologieorientierte Unternehmen zur Durchführung von Forschungs- und Innovationsvorhaben. Entwicklung von Finanzmodellen auf der Basis von Innovationsfonds oder Darlehen bei mangelnder Eigenkapitalausstattung.

- Die Förderung industrienaher und außeruniversitärer Forschung zur Entwicklung moderner und wettbewerbsfähiger Produkte
- Verstärkte Hilfen für die Entwicklung völlig neuer wettbewerbsfähiger Produkte für Thüringer Unternehmen
- Die Absatzpräferenz für Thüringer Produkte
- Den Aufbau modellhafter Sonderwirtschaftsgebiete in Thüringen mit örtlich und zeitlich begrenzten vereinfachten Regularien und Vorschriften
- Die Schaffung und Unterstützung neuer industrieller Zentren
- Die Rekultivierung industrieller Altstandorte vor allem in Innenstädten, Einschränkung neuer Gewerbegebiete auf der grünen Wiese
- Die Entwicklung und Erhaltung von innerstädtischen Handelsstrukturen
- Die Entwicklung und Vermarktung innovativer Umwelttechnologien zur Beseitigung der ökologischen Altlasten und als Unternehmenszweig
- Die Privatisierung öffentlicher Aufgaben
- Den Wettbewerb in der Energiewirtschaft und einen sinnvollen Energiemix
- Den langfristigen Subventionsabbau in ganz Deutschland, z. B. im Bergbau beim Kohlepfennig
- Den Aufbau eines leistungsfähigen und vielfältigen Tourismus, der die Voraussetzungen aller Regionen Thüringens berücksichtigt
- Die Flexibilisierung der Arbeitszeit
- Die Individualisierung von Tarifverträgen
- Schnellste Vermarktung nicht betriebsnotwendiger Liegenschaften der Treuhandanstalt mit akzeptablen Preisen für potentielle Investoren

## **2.2. Liberale Landwirtschaftspolitik**

Thüringen verfügt über Voraussetzungen, welche die Grundlage einer leistungsfähigen, umweltgerechten und damit auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Land- und

Forstwirtschaft bilden können. Landwirtschaft, Forstwirtschaft und auch Gartenbau können dort erfolgreich praktiziert werden, wo die dafür erforderlichen natürlichen Voraussetzungen gegeben sind. In den Gebieten, die durch ungünstige Standortfaktoren benachteiligt sind, ergeben sich neue Chancen durch die EU-Agrarreform.

*Zwei Entwicklungsrichtlinien zeichnen sich bereits deutlich ab:*

- Der Weg zum unternehmerisch geführten Betrieb - unabhängig von der Rechtsform - gestützt auf eine wettbewerbsfähige landwirtschaftliche Erzeugung gesunder Nahrungsmittel und hochwertiger Rohstoffe.
- Der Weg zu einer Landwirtschaft im Sinne einer Landbewirtschaftung zur Erhaltung der Kulturlandschaft, zur Steigerung ihrer Attraktivität und der Vergütung dieser Dienstleistungen als Voraussetzung für andere Wirtschaftszweige und für die Gesellschaft in Kombination mit vielfältigen anderen Einkunftsarten. Besondere Bedeutung mißt die F.D.P. der Bewahrung und Herstellung der Sicherheit des Eigentums an Grund und Boden sowie der Klärung noch offener vermögensrechtlicher Fragen auf der Grundlage des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes bei.

*Die Thüringer F.D.P. setzt sich daher ein für:*

- Die Fortsetzung und den Abschluß der Verpachtung vorrangig an ortsansässige Unternehmen mit dem Ziel der langfristigen Privatisierung
- Die abschließende Klärung offener vermögensrechtlicher Ansprüche
- Einen politischen Beitrag um neue Betätigungsfelder zu schaffen und fairen Wettbewerb zu ermöglichen
- Eine angemessene Entschädigungsregelung für die bei der Bodenreform Enteigneten, die vergleichbar sein muß mit den Regelungen für andere Personengruppen, die schicksalhaft unter dem 2. Weltkrieg und dessen Folgen zu leiden hatten
- Den zügigen Abschluß der Entschuldung landwirtschaftlicher Unternehmen bei Vorliegen von Altlasten, die aus nicht betriebsbedingten Krediten stammen
- Die Beschleunigung der Maßnahmen zur Flumeuordnung

*Für die Schaffung neuer Betätigungsfelder, sowie den Abbau von Wettbewerbsverzerrungen sieht es die F.D.P. für erforderlich an, daß:*

- Innerhalb der EU eine Harmonisierung der Besteuerung der Energieträger erfolgt

- durch Ausbau der nationalen und Länderförderprogramme und durch verbesserten Vertragsnaturschutz die Dienstleistungen der Landwirtschaft für Natur- und Kulturlandschaft stärker honoriert werden
- solche Einschränkungen der landwirtschaftlichen Tätigkeit, die durch erhöhte Schutzbedürfnisse bedingt sind, angemessen in Form von Ausgleichszahlungen abgegolten werden
- Forschung und Entwicklung im Bereich Landwirtschaft und Forsten gefördert werden
- der Übergang zu neuen Technologien, die Einführung alternativer Anbau- und Nutzungsformen, sowie neue Vermarktungsstrategien gefördert werden
- dem Tierschutz widersprechende lange Transportwege und unvermeidbare Transportzeiten für Schlachtvieh durch geeignete Regelungen wirksam verhindert werden.

### **2.3. Liberale Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungspolitik**

Bildung, Wissenschaft und Forschung zählen zu den wichtigsten Aufgaben für eine erfolgreiche Gestaltung unserer Zukunft. Sie müssen den entscheidenden Vorlauf für eine erfolgreiche Neugestaltung des Standortes Thüringen erbringen.

#### **Bildung**

Liberales treten für eine Bildungspolitik ein, die jeden Menschen entsprechend seiner Begabung und unterschiedlichen Lernvoraussetzung in allen Lebensabschnitten fördert.

Dazu ist ein vielfältiges und differenziertes Bildungsangebot erforderlich. In der Bildungspolitik sind wir uns der besonderen Bedeutung langfristig gesteckter Ziele gegenüber der bloßen Wissensvermittlung bewußt.

*Das sind für uns*

- das Einüben von Spielregeln, die das friedliche Zusammenleben in einer offenen Gesellschaft auch bei wirtschaftlichen Problemen ermöglichen
- das Erlernen von Toleranz auch gegenüber Andersdenkenden

*Die Thüringer F.D.P. setzt sich daher ein für:*

- Die Beibehaltung der Länderhoheit in Bildungsfragen

- Ein pluralistisches Schulsystem, in dem Kinder und Jugendliche in die Lage versetzt werden, sich frei zu entfalten, elementare Fähigkeiten und Fertigkeiten zu entwickeln, sich Kenntnisse anzueignen, sowie Grundrechte aber auch Pflichten für sich und andere erkennen zu können
- Die leistungs- und zukunftsorientierte, untergliederte Schule mit der Regelschule als Herzstück und der Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Bildungswegen
- Eine Werteerziehung in Schule und Elternhaus, welche die soziale Kompetenz der Jugend zum Ziel hat
- Einen intensiven und lebensnahen Fremdspracheunterricht
- Die verstärkte Förderung von naturwissenschaftlichen, musischen, sportlichen und handwerklichen Begabungen an unseren Schulen. Sie tritt für den Erhalt und den weiteren Ausbau von Spezialschulen und Spezialklassen ein
- Eine langfristig konzipierte Schulstruktur innerhalb der Gebietskörperschaften unter der Prämisse der Finanzierbarkeit für ein möglichst ortsnahes und vielfältiges Schulangebot
- Die Optimierung der beruflichen Aus- und Weiterbildung mit stärkerer Flexibilität, Durchlässigkeit und Differenzierung, sowie die Verbesserung der Zusammenarbeit der Partner im System der dualen Ausbildung

Ein qualitätsorientiertes Zentralabitur nach 12 Jahren als Voraussetzung für einen zeitigeren Studienbeginn und damit einen früheren Start in das Berufsleben

- Den weiteren Ausbau der inhaltlichen und materiellen Ausgestaltung des Förderschulwesens, in dem die Förderung behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder nach Art und Grad der Behinderung orientiert an den gleichen Bildungs- und Erziehungszielen wie für nicht behinderte Kinder erfolgt
- Die Schaffung von Hochschulzugangsmöglichkeiten für geeignete Bewerber mit Berufsausbildung und -erfahrung
- Die bundesweite besoldungsrechtliche Gleichstellung der Lehrer in den neuen Bundesländern entsprechend der Vereinbarungen der Kultusministerkonferenz vom 07. Mai 1993

## Hochschule

Das in der vergangenen Legislaturperiode entstandene differenzierte Hochschulsystem muß konsolidiert und weiter ausgebaut werden. Die Hochschulen haben eine Vorreiterfunktion bei der Internationalisierung der Bildungspolitik. Wir müssen ihnen die Chance bieten, in einem zunehmenden internationalen Wettbewerb zu bestehen. Unsere besonderen Anstrengungen sind auf eine Verbesserung des Lehr- und Forschungsangebotes zu richten. Wir wollen den Wettbewerb der Hochschulen um die besten Studenten und den Wettbewerb der Abiturienten um die besten Hochschulen. Wir brauchen die Förderung der Begabung in Wissenschaft und Forschung, die Förderung von Leistungseliten.

*Die Thüringer F.D.P. setzt sich daher ein für:*

- Den beschleunigten Auf- und Ausbau bestehender Hochschulen, insbesondere der neugegründeten Fachhochschulen, die Priorität beim künftigen Hochschulausbau haben.
- Die Fortführung der Planung für den Aufbau einer Universität in Erfurt unter Berücksichtigung des Bedarfs an Studienplätzen in Bereichen mit entsprechenden Berufsaussichten
- Die Angleichung des Niveaus des Ausbaues und der Ausrüstung an den Standard der anderen Bundesländer
- Die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau als eine der wichtigsten Positionen in der mittelfristigen Finanzplanung Thüringens
- Die alternativen Finanzierungsmodelle im Hochschulbau, aber auch bei der Errichtung und Unterhaltung der Studentenwohnheime
- Die erhebliche Verkürzung der Baugenehmigungsverfahren im Hochschulbau als Voraussetzung für die Erreichung der nötigen Studienplatzzahlen, neben den notwendigen Sanierungen bestehender Bausubstanz
- Die deutliche Verkürzung der Studienzeit für ein berufsorientierendes wissenschaftliches Erststudium gegenüber momentan in den alten Bundesländern üblichen Zeiten
- Die Stärkung der Verantwortung der Studierenden zur zügigen Absolvierung des Studiums, einschließlich einer zusätzlichen Möglichkeit, eine Prüfung zu wiederholen, wenn das Studium fristgerecht abgeschlossen wurde ohne die Einführung von Studiengebühren

- Stärkere Beteiligungsrechte für die Hochschulen bei der Auswahl der Studierenden
- Mehr Wettbewerb zwischen den verschiedenen Hochschulsystemen
- Die Zusammenarbeit mit ausländischen Partnerhochschulen aufgrund der zunehmenden Internationalisierung des Studiums

## **Forschung**

Der Forschungsstandort Thüringen hat nicht nur regionale Bedeutung.

Im Rahmen der Forschungspolitik der Bundesrepublik und der Europäischen Gemeinschaft kommt ihm ein hoher Stellenwert zu.

Viele für Thüringen kennzeichnende Forschungsbereiche liefern wesentliche Voraussetzungen für wirtschaftliche Innovationen.

Die Thüringer Forschungslandschaft muß gesichert und weiterentwickelt werden.

*Die Thüringer F.D.P. setzt sich daher ein für:*

- Den systematischen Ausbau des Forschungsstandortes Thüringen durch Erweiterung des Netzes außeruniversitärer und vom Bund mitgetragener Forschungseinrichtungen
- Die Schaffung des notwendigen innovativen Vorlaufs für die Stärkung der Wirtschaftskraft unseres Landes durch anwendungs- und praxisnahe Forschung in enger Zusammenarbeit zwischen Universität, Forschungseinrichtungen und Industrie
- Besondere Förderung moderner zukunftssträchtiger Technologien und Forschungsdisziplinen, wie Biotechnologie, Gentechnologie, Kommunikationstechnologie und Materialforschung
- Die Unterstützung des Neuaufbaues eines innovativen Mittelstandes durch zeitlich befristete Förderungserhöhungen für die betriebseigene Forschung kleiner und mittlerer Unternehmen
- Die Verbesserung der Verknüpfung von Forschung und Lehre

## **2.4. Mehr Sicherheit - Weniger Bürokratie!**

Die Freiheit ist unteilbar!

Persönliche Freiheit und innere Sicherheit gehören zusammen.



*Die Thüringer F.D.P. setzt sich daher ein für:*

- Die Vereinfachung der Gesetze, der Verordnungen und Verwaltungsvorschriften
- Wahlen, bei denen die Wähler auch direkt unter Kandidaten und nicht nur unter Parteien wählen können (kumulieren, panaschieren)
- Die Vereinfachung und Beschleunigung aller Genehmigungsverfahren
- Die weitgehende Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen
- Ein durchschaubares, praktikables und leistungsförderndes Steuersystem
- Die Einführung des Bürgergeldsystems, das Einkommensbesteuerung, steuerliche Freibeträge und steuerfinanzierte Sozialleistungen zu einem einfachen und in sich widerspruchsfreien System verbindet
- Die Vereinfachung der sozialen Sicherungssysteme
- Die personelle Aufstockung, bessere materielle Ausstattung und zeitgemäße Aus- und Weiterbildung der Thüringer Polizei sowie deren angemessene Bezahlung
- Die Präsenz der Thüringer Polizei auf den Straßen und in den Gemeinden statt in den Amtszimmern
- Die Einrichtung einer interdisziplinären Kommission zur Bekämpfung des politischen Extremismus unter der Federführung des Thüringer Innenministeriums
- Eine lückenlose Rechtsprechung, welche sowohl die prinzipielle Unschuldsvermutung des Staates gegenüber dem Bürger einschließt als auch eine konsequente Strafverfolgung gewährleistet
- Eine gesetzliche Regelung der Wiedergutmachung von Rechtsbeugung und Gewalttaten des DDR-Regimes
- Die politische und rechtsstaatliche Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit auch auf der Grundlage des Stasi-Unterlagengesetzes
- Eine deutliche Begrenzung des Beamtenstatus auf die Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben

- Die Eindämmung der zunehmenden Gewaltbereitschaft und der Mißachtung des Eigentums durch erzieherische, sozialpolitische und polizeiliche Maßnahmen.  
Dabei kommt der Entwicklung positiver Wertvorstellungen in der Schule und im Elternhaus ein hoher Stellenwert zu.
- Den Vorrang präventiver Maßnahmen von Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität
- Die Einführung einer sogenannten Hauptverhandlungshaft bei Wiederholungstätern
- Verhinderung von Jugendkriminalität durch Unterstützung sinnvoller Freizeitaktivitäten (Jugendfreizeitzentren, Sportvereinen) sowie durch Vermittlung eines Rechts- und Gerechtigkeitsempfindens in der Schule
- Die Zurückdrängung von Gewalt, Obszönität und Pornographie in den Medien zum Schutz der Kinder und Jugendlichen

*Um die Eltern bei der Wahrung ihrer Verantwortung zu unterstützen, fordert die Thüringer F.D.P.:*

- Eine staatliche Aufklärungskampagne in Form von Werbespots ähnlich der Aidsaufklärungskampagne des Bundessozialministeriums im Fernsehen
- Das Einblenden von Hinweisen über die Gewaltverherrlichung in bestimmten Fällen ähnlich der Aufschrift „Rauchen gefährdet die Gesundheit“ auf Zigarettenschachteln
- Den Aufdruck auf TV-Programmzeitschriften „Sie haben die Zukunft ihres Kindes in der Hand“

## **2.4. Liberale Sozialpolitik**

Ein wichtiger Beitrag zum Erhalt des inneren Friedens unseres Landes ist der soziale Frieden auf der Grundlage sozialer Gerechtigkeit. Die Gesamtsituation unseres Landes erfordert, auch in der Sozialpolitik neue Wege zu gehen.

Die F.D.P. setzt sich für den Schutz und die Förderung der Familie ein, im Mittelpunkt müssen dabei die Hilfen zur Betreuung und Erziehung der Kinder stehen. Dazu gehört z. B. ein bedarfsgerechtes Angebot an Betreuungsplätzen in Kindergärten und -horten. Den Müttern müssen die Möglichkeiten geschaffen bzw. erhalten werden, Familie und Beruf zu vereinbaren.

Halt und Orientierung, Wärme und Geborgenheit sollen Menschen nicht nur im herkömmlichen Familienverband, sondern auch in eheähnlichen Lebensgemeinschaften finden können. Familienpolitik muß diesen ebenso dienen wie alleinerziehenden Müttern und Vätern.

Für uns Liberale hat die Verantwortung gegenüber den Mitmenschen und den kommenden Generationen einen herausragenden Stellenwert. Eine Gesellschaft, welche die kommende Generation - ihre Jugend - im Stich läßt, sägt den Ast ab, auf dem sie sitzt. Investitionen in die Jugend sind Investitionen in die Zukunft. Entscheidend für akzeptierte Jugendpolitik ist das gezielte Zusammenwirken aller gesellschaftlicher Entscheidungsebenen. Um die Probleme junger Leute zu verstehen, muß man sie aus ihrem Blickwinkel sehen.

Die zunehmende Gewaltbereitschaft unter Kindern und Jugendlichen offenbart Defizite an Grundwerten und Grundhaltungen, die in gestörten familiären Beziehungen oder in einer verfehlten Erziehung liegen können. Toleranz, soziales Verhalten, Verantwortung für den Nächsten sind nicht angeboren, sondern müssen erlernt werden.

Da in der Regel nur intakte Familien- und Gruppenbeziehungen die Entwicklung eines positiven Sozialverhaltens fördern, muß die Sozialpolitik eine zeitgemäße Ehe- und Erziehungsberatung anbieten und damit zu partnerschaftlichem Zusammenleben, zu gewaltfreiem Umgang mit Konflikten und zu kommunikativem Verhalten - auch zwischen den Generationen - beitragen. Familienerziehung und schulische Erziehung müssen in diesem Zusammenhang besonders eng zusammenarbeiten.

Damit Jugendliche ihre Freizeit, die sie außerhalb der Familie verbringen, sinnvoll gestalten können, sind der Breiten- und Freizeitsport in den Vereinen und Kommunen stärker zu fordern, aber auch zu fördern, wenn es um die Einrichtung und den Erhalt angemessen eingerichteter Freizeiteinrichtungen für Jugendliche geht.

Bei der Suchtberatung kommt der Prävention besondere Bedeutung zu. Suchtberatungsstellen müssen mit Jugendfreizeiteinrichtungen und Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege effektiver zusammenarbeiten.

Die Altenfürsorge wird zukünftig immer größere Bedeutung bekommen. Grundsatz der liberalen Altenpolitik ist es, alle Möglichkeiten der ambulanten Betreuung auszuschoöpfen, bevor eine Heimbetreuung in Betracht gezogen wird.

Auch in diesem Bereich der Sozialpolitik ist die Hilfe zur Selbsthilfe die vordringliche Aufgabe. Sie ist durch die Förderung von Seniorenvereinen, Tageseinrichtungen, ambulante Pflege- und Betreuungsdienste usw. zu lösen. Dabei sind die

Initiativen freier Träger in gleicher Weise zu fördern wie kommunale Einrichtungen.

Die Rentenversorgung muß sich nach den aus den Versorgungsleistungen und Anwartschaften nach früherem DDR-Recht ergeben, wobei diese sachgerechter ins Bundesrecht überführt werden müssen.

*Die Thüringer F.D.P. setzt sich daher ein für:*

- Die Entwicklung einer pluralen Trägerlandschaft für Kindertageseinrichtungen und Horte
- Dem Bedarf entsprechende Angebote an Kindergarten- und Hortplätzen in Thüringen
- Die konsequente Durchsetzung des Anspruchs auf Betreuung in einer Kindereinrichtung für alle Kinder im Alter von 2 Jahren bis zum Schuleintritt
- Die verstärkte Schaffung von altersübergreifenden Betreuungsangeboten für Kinder von 2 bis 10 Jahren
- Die Förderung des Tagesmüttersystems
- Den flächendeckenden Ausbau und die Erhaltung von Suchtberatungsstellen
- Die Gestaltung einer von den Jugendlichen akzeptierten Jugendpolitik, welche die Jugendlichen zum eigenen Handeln und zur Übernahme von Eigenverantwortung aktiviert
- Ein Schweigerecht für Personen, die aufgrund ihrer Tätigkeit eine Vertrauensstellung bei Jugendlichen erlangen sollten (ähnlich wie bei Ärzten, Pfarrern und Rechtsanwälten)
- Die vermehrte Schaffung von qualifizierten Teilzeitarbeitsplätzen und Arbeitsmöglichkeiten zu Hause
- Die Veränderungen der Steuergesetze, so daß aus dem Ehegattensplitting ein Familiensplitting wird
- Die Überprüfung des RüG und RüErG als Voraussetzung einer gerechten Rentenberechnung
- Die Förderung des sozialen Wohnungsbaus

- Die verstärkte Förderung des privaten Wohnungsbaus durch finanzielle Anreize
- Die Wohngeldzahlung in Abhängigkeit von Größe und Standard sowie der Anzahl der in der Wohnung lebenden Personen
- Den Ausbau von ambulanten Betreuungsangeboten für Senioren und Möglichkeiten der Kurzzeitpflege

## 2.6. Liberale Umweltpolitik

Natur und Umwelt sind die natürlichen Lebensgrundlagen für den Menschen. sie zu bewahren, zu schützen und zu verbessern, ist Aufgabe des Staates und jedes einzelnen.

Natur bedeutet für uns die Vielfalt der Lebensräume und Kulturlandschaften. Sie ist ein Teil unserer Lebensqualität.

Umweltschutz ist für Liberale vorbeugender Schutz und Wiederherstellung des ökologischen Gleichgewichts, der intakten Zusammenhänge von Wasser, Luft und Boden. Umweltschutz ist weder Gegensatz noch Hemmschuh der notwendigen wirtschaftlichen Entwicklung. Er muß deren integraler Bestandteil sein.

Umgekehrt sind Umweltgefährdungen eine Bedrohung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit wie auch der individuellen Freiheit und der sozialen Sicherheit. Umweltschäden, Abfall- und Abwasserprobleme, umweltbelastender Verbrauch und vor allem nicht erneuerbarer Ressourcen erfordern unser entschlossenes Handeln.

Liberale Umweltpolitik will nicht ständig neue Gebote und Verbote schaffen. Sie konzentriert sich auf Verhaltensänderung durch Schaffung von Anreizen. Umweltvorsorge hat dabei Vorrang.

Was wir wollen ist die Verwaltungsvereinfachung und Deregulierung, aber keine Abstriche an den Umweltstandards.

*Die Thüringer F.D.P. setzt sich daher ein für:*

- Die Straffung des Ordnungsrahmens im Umweltbereich  
Die Umweltverwaltung ist so zu strukturieren, daß sie für die Bürger effektive Dienstleistungen erbringt
- Die Einhaltung des Prinzips der Abfallvermeidung vor Verwertung, Recycling vor Entsorgung

- Die Fortführung spezieller Förderprogramme für innovative Umwelt- und Recyclingtechnologien
- Die zügige Verbesserung der Gewässergüte der Oberflächengewässer und den Anschluß der verbliebenen Brunnendörfer an die zentrale Wasserversorgung
- Die zügige Fortführung der Planungsarbeiten für die Talsperre Leibis zur Sicherung der Trinkwasserversorgung im Ostthüringer Raum
- Die Schaffung von planerischen Voraussetzungen zur Errichtung von Anlagen zur thermischen Behandlung von Restmüll
- Die Abstimmung und Umsetzung eines landesweiten Abfallkonzepts; Standortsuche und Planung für eine unter Landeskontrolle stehende Untertagedeponie
- Die verstärkte Förderung des Einsatzes der erneuerbaren Energiequellen wie Wind, Wasser und Sonne sowie der Energieeinsparung zur Schonung endlicher Ressourcen und zur Reduzierung klimagefährdender Schadstoffemissionen
- Die verstärkte Sanierung von Altlasten und Nachnutzung von militärischem Gelände und Industriebrachen
- Die zügige, aber verantwortungsbewußte Sanierung des Wismut-Geländes, der Kali-Region und des Standortes Rositz zur industriellen und gewerblichen Nachnutzung
- Die Lösung der Probleme des Fernverkehrs durch den raschen Neu- und Ausbau der „Verkehrsprojekte Deutsche Einheit“ und der Hauptverkehrsachsen wie  
A 4, A 9, A 73/A 81, A 82 u. a. unter Berücksichtigung der Belange des Natur- und Landschaftsschutzes zur Schonung empfindlicher Landschaftsräume (z. B. Leutratal, Hørselberge)
- Die Gründung von regionalen, überörtlichen Verkehrsverbundsystemen, mit dem Ziel der Schaffung von abgestimmten Fahrplänen für Bus und Bahn sowie der Verringerung der Taktzeiten.
- Den vorrangigen Bau von Umgehungsstraßen zur Entlastung des innerstädtischen Verkehrs

- Die Schaffung attraktiver öffentlicher Personennahverkehrssysteme in den Ballungsräumen
- Die Neuordnung von Energiesteuern und Verkehrsabgaben unter besonderer Berücksichtigung des Standorts Deutschland mit dem Ziel den ÖPNV zu stärken und die Schadstoffemission zu vermindern
- Die Vernetzung der Verkehrsträger Straße und Schiene vornehmlich für den Güterverkehr und Ergänzung des Thüringer Güterverkehrszentrums durch regionale Verteilerzentren.
- Verbesserung der Anbindung Ostthüringens im Schienenpersonenverkehr
- Die Förderung aller langfristigen Planungen, den Langstreckenverkehr von der Straße auf die Schiene zu verlegen
- Die Unterstützung des Ausbaus des Flughafens Erfurt und der Verkehrslandeplätze Altenburg und Künkel
- Die Angleichung des Bergrechts für bergfreie Bodenschätze wie Kies, Sand u. a. mit dem Ziel der Vereinheitlichung in ganz Deutschland
- Unterstützung des geplanten Biosphärenreservates Südharz/Kyffhäuser

## **2.7. Liberale Kulturpolitik**

Die Kultur hat große Bedeutung für die Persönlichkeitsentwicklung des Menschen und für ein erfülltes Leben. Die Pflege der Kultur ist ein wichtiger Faktor des Einigungsprozesses in Deutschland und Europa; sie dient der Verbesserung der Lebensqualität in unserem Gemeinwesen; zugleich ist sie ein wesentlicher Standortfaktor bei der wirtschaftlichen Entwicklung.

Liberale Kulturpolitik will alle Bürger ansprechen, ungeachtet ihrer sozialen Stellung und ihrer Bildungsvoraussetzungen. Liberale Kulturpolitik will die Voraussetzungen für eine freie Entfaltung der Künste sichern.

Kultur benötigt Freiräume, unabhängig von staatlicher Beeinflussung.

Liberale lehnen jede Bevormundung und jeden zensierenden Eingriff in das Kulturleben ab. Die Freiheit der Künste gehört zum Grundverständnis liberaler Kulturpolitik.

Liberale Kulturpolitik ermöglicht kulturelle Vielfalt und trägt Sorge für die Entwicklung verschiedener Formen der Breitenkultur. Kultur ist Ausdruck der

schöpferischen Kräfte in uns und Maßstab für Freiheit und Toleranz in der Gesellschaft. Deshalb sollen alle Bürger ermutigt werden, sich mit Kultur auseinanderzusetzen.

Kulturelles Erbe kann nur durch Erneuerung lebendig bewahrt und für die Gegenwart produktiv gemacht werden. Liberale Kulturpolitik verbindet Traditionspflege mit der Förderung innovativer Projekte.

*Die Thüringer F.D.P. setzt sich daher ein für:*

- Die finanzielle Sicherung der Grundlagen der Kultur, als ein wichtiger Wachstums- und Standortfaktor  
Mit der Gewährleistung der Grundfinanzierung von Kultur durch die öffentliche Hand trägt der Bund Mitverantwortung für kulturelle Aufgaben von nationalem und internationalem Rang.
- Die verstärkte Nutzung aller Möglichkeiten privater Kulturförderung
- Die Sicherung und den Ausbau der kulturellen Infrastruktur Thüringens mit konsequenter Kommunalisierung kultureller Einrichtungen und Betonung der subsidiären Funktion der Landeskulturpolitik
- Die Effektivierung der Kulturarbeit auf kommunaler und regionaler Ebene durch Strukturveränderungen, wie z. B. durch Realisierung eines Theater- und Orchesterkonzeptes für Thüringen, das einerseits auf die Erhaltung der Spielorte, andererseits auf Kooperation und Fusion der Einrichtungen orientiert
- Die Erhaltung und angemessene Nutzung der zahlreichen Kulturdenkmale Thüringens, wie Schlösser, Burgen, historische Stadtkerne, Parks, Gärten und anderes mehr, sowie die Aufnahme der bedeutendsten dieser historischen Stätten in eine Stiftung
- Die besondere Förderung der Kultur für Kinder und Jugendliche und durch Kinder und Jugendliche, beispielsweise durch Erhalt und Weiterentwicklung der Musik- und Jugendkunstschulen sowie der Kinder- und Jugendtheater in Thüringen
- Die Beachtung der Verantwortung von Kultur und Medien bei der Herausbildung und Bewahrung ethischer Werte
- Die Erhaltung und zeitgemäße Weiterentwicklung der Thüringer Museen als Bewahrer und Pfleger von Kultur



- Eine bedarfsgerechte Bibliotheksversorgung als Grunderfordernis einer funktionierenden kulturellen Infrastruktur
- Die Weiterführung des Konzeptes für die Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau Dora auf der Grundlage der Empfehlungen der Historikerkommission
- Die besondere Förderung nichtinstitutionalisierter, freier Kulturprojekte
- Eine umfassende Unterstützung der Stadt Weimar zur Vorbereitung und Durchführung der Maßnahmen „Kulturstadt Europa 1999“
- Die verbesserte sachliche und personelle Ausstattung von Sportanlagen, Sportvereinen und Schulsport
- Den Erhalt und den Ausbau der Olympiastützpunkte Thüringens

### **3. Schlußgedanken**

Vernunft und Toleranz sind die Basis für ein Leben in Freiheit und Würde.

Wir wollen den Menschen leistungs- und zukunftsorientiert, aber auch verantwortungsbewußt für die ihn umgebende Not.

Lassen Sie uns mit Zuversicht und voller Selbstvertrauen an die vor uns liegenden Aufgaben gehen.

Unsere Demokratie, unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft brauchen mehr denn je Engagement, Initiative und Zuversicht - nicht aber Verdrossenheit, Gleichgültigkeit oder gar Resignation.

Wir machen Ihnen keine Versprechungen, wir wollen Ihnen nur die Wahrheit sagen und Mut machen.

Dazu braucht Thüringen eine Partei wie die F.D.P., die nicht auf die Stimmungen breiter Mehrheiten schießt, sondern die jeden einzelnen aktiv anspricht.

**Darum brauchen wir Sie - ganz Persönlich - Jetzt !**

---